AG SPD 60 plus
Bundesvorstand

SPD 60plus
SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLAND
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

SPD-Präsidium
Saskia Esken, Lars Klingbeil, Matthias Miersch
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Heidelberg/Berlin, 10. März 2024

Ergebnis der Sondierungsgespräche März 2025

Lieber Lars, liebe Saskia, lieber Matthias,

noch im Schock über das schlechteste Ergebnis seit Jahrzehnten für die SPD und das zweitschlechteste Ergebnis der CDU waren die Sondierungsgespräche eine psychische Mamutaufgabe. Gemessen daran kann sich das Verhandlungsergebnis sehen lassen und es gibt viele Punkte, die den Kompromiss ermöglichten und gut sind für die Zukunft unserer Gesellschaft. Besonders wichtig und gelungen ist die Art der Verhandlung, die Orientierung auf Konsens, also viel mehr auf Kompromiss als auf öffentliche Darstellung der individuellen Verhandlungserfolge. Mit Blick auf den Wahlkampf überrascht dies positiv und stabilisiert unsere Demokratie.

Wo es so viel Licht gibt, gibt es auch Schatten. Auch wenn alles irgendwie erwähnt wird, fällt auf, dass in einzelnen Verabredungen, vergleichsweise kleine lobbygetriebene Interessen, explizit, punktgenau, sogar mit Zahlen aufgenommen wurden, andere große strukturelle gesellschaftlich Zukunftsfragen aber nur sehr vage oberflächlich abstrakt und in magerer Beschreibung beantwortet werden.

Dieser Mangel kann sicher in den folgenden Koalitionsverhandlungen noch geheilt werden. Viele ältere Menschen in Deutschland erhoffen sich, dass die neue Bundesregierung Themen anpackt, bei denen wir in den vergangenen Jahren nicht oder allenfalls stückweise vorangekommen sind. Die AG SPD 60 plus möchte sieben für ältere Menschen zentrale Aufgabenbereiche benennen, von denen wir hoffen, dass sie von der neuen Bundesregierung beherzt angegangen werden.

1. Eine auskömmliche materielle Basis ist eine grundlegende Voraussetzung für ein gutes Leben im Alter. Studien legen nahe, dass es gerade bei der Grundsicherung im Alter eine enorme Dunkelziffer gibt. Durch die Wiedereinführung eines Mehrbedarfszuschlags, wie er im Bundessozialhilfegesetz verankert war, müssen im Alter steigende Bedarfe ausgeglichen werden.
   Gut ist, dass das Rentenniveau gesichert werden soll, das andernfalls in den kommenden Jahren absinken würde. Stabilisierung kann aber nur ein erster Schritt sein, denn mit der Festschreibung des gegenwärtigen Niveaus kann Altersarmut nicht abgebaut werden. Unser Ziel ist ein armutsfestes Rentenniveau. Nach heutigen Erkenntnissen (auch des DGB und des VdK) liegt dies bei 53 Prozent.

2. Die Hälfte der ab 70-Jährigen nutzt das Internet kaum oder gar nicht. Sie verlieren zunehmend den Anschluss in einer immer stärker digitalisierten Welt. Die nächste Bundesregierung muss die digitalen Kompetenzen und die digitale Teilhabe älterer Menschen, u.a. durch einen Ausbau von Lernangeboten und Erfahrungsorten in Kommunen fördern. (Digitalpakt Alter)

3. Im Sinne des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse braucht es dringend eine Initiative des Bundes, die Länder und Kommunen dabei unterstützt, eine Grundausstattung an Teilhabeangeboten für Seniorinnen und Senioren in allen Kommunen Deutschlands sicherzustellen. Gemeint sind: Beratungsangebote, Begegnungsstätten sowie Engagement fördernde Strukturen (vgl. auch § 71 SGB XII), auf der Grundlage integrierten Sozialplanung und unter Beteiligung der Älteren selbst. (Age friendly City)

4. Teilhabemöglichkeiten dürfen nicht vom Alter einer Person abhängen. Wir fordern die neue Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Bundestag auf, sich für einen besseren Schutz gegen Altersdiskriminierung einzusetzen; das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz bietet diesen Schutz nicht. Darüber hinaus wünschen wir uns ein Bekenntnis der Regierung zu einer UN-Altenrechtskonvention; seit mehr als zehn Jahren wird hierzu bereits auf UN-Ebene verhandelt.

5. Schließlich muss sich die neue Bundesregierung dafür einsetzen, dass Pflege für die Menschen wieder bezahlbar wird, mindestens durch eine Begrenzung von Eigenanteilen (sog. Sockel-Spitze-Tausch (SPD-Wahlprogramm Eigenanteilen auf 1.000 Euro im Monat begrenzen), bestenfalls durch den Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung.
   Strukturell ließe sich das System deutlich verbessern, wenn wieder mehr Verantwortung an die Kommunen übertragen würde. Um die Pflege zu Hause stärker als bisher zu fördern, muss eine Entgeltersatzleistung analog zum Elterngeld eingeführt werden; der unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf hat dazu detaillierte Vorschläge vorgelegt.

6. Ärgerlich ist die erneut vergessene Ungerechtigkeit im Kontext der DDR-Rentenüberleitung, denn der am 18.11.2022 beschlossene „Härtefallfonds" (HFF), hat keinen Beitrag zur Beseitigung der Benachteiligung der 17 DDR-Berufs- und Personengruppen in Bezug auf ihre gesetzlichen Renten- und Zusatzversorgungsansprüche geleistet. Er wird im Gegenteil als Affront aufgefasst. Ein Baustein für die Wahlergebnisse im Osten.

7. Mit einem Seniorenmitwirkungsgesetz, der systematischen Beteiligung von Seniorinnen und Senioren, würde ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratisierung gegangen.

Für Eure Unterstützung, dass diese Punkte Eingang in den Koalitionsvertrag finden, bedanken wir uns im Voraus. Gern werden wir als AG 60plus die neue Bundesregierung sowie die SPD-Fraktionen im Deutschen Bundestag beratend dabei unterstützen, gute Lösungen zu entwickeln.

Viele Grüße,
Gerlinde Böttcher-Naudiet, Friedhelm Hilgers, Ingrid Reske, Rita Heitsch, Ullrich Meßmer, Heinz Oesterle, Susanne Pape, Norbert Theobald, Marie-Jeanne Zander

Ein Lothar

Lothar Binding
Bundesvorsitzender der AG SPD 60 plus

P.S. Seite 3